

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 50 Cent pro Nummer. — Abonnement: 3 Mark pro Quartal. — Verleger: Hermann Grottel, Halle (Saale), Leipzigerstraße 27, 21. — Druck: Hermann Grottel, Halle (Saale), Leipzigerstraße 27, 21. — Erscheinungsort: Halle (Saale).

Abonnement: 3 Mark pro Quartal. — Verleger: Hermann Grottel, Halle (Saale), Leipzigerstraße 27, 21. — Druck: Hermann Grottel, Halle (Saale), Leipzigerstraße 27, 21. — Erscheinungsort: Halle (Saale).

Nummer 25

Halle (S.), Sonnabend, 29. August 1925

1. Jahrgang

Statt Preisentwertung nur Ablenkungsmanöver.

Völliges Verlagen der Wirtschaftspartei!

Wo bleiben die Retter?

(Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!)

Bei den letzten Wahlen hatten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei als politische „Rettergesellschaft“ etabliert. Das Geschäft ging nicht schlecht. Man hatte Julauf. Städte er hier und da mal, dann ließ man in Millionen von Zetteln und Flugblättern Versprechungen über Versprechungen hinausflattern. Von allem, was uns außenpolitisch und innenpolitisch drückte, sollten wir geteilt werden, wenn wir brav wären und recht viel Deutschnationale und deutschvolksparteiliche Abgeordnete ins Reichsparlament schickten. Viele waren so brav, denn die Versprechungen waren gar zu schön. Und wenn sie dazu noch in schwarz-weißer Umarmung erschienen, dann schien jeder Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit und Erfüllung ausgeschlossen.

Vor uns liegen zwei solcher Flugblätter. In dem deutschnationalen heißt es über unsere wirtschaftlichen Schmerzen:

„Schwarz-weiß-rot beherrscht: Hebung der Kaufkraft des Geldes durch Senkung der Preise und dadurch Besserung der Lebenshaltung. — Schutz des Mittelstandes und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. — Langwierig, aber fester Wiederaufstieg.“

Und das Flugblatt der Deutschen Volkspartei läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

„Wir kämpfen für die Sicherung der finanziellen Grundlagen des Staates. — Für eine gerechte Verteilung der Lasten, insbesondere gegenüber einer Gruppe unserer besten Kulturträger, den Rentnern und Sparern. — Für die wirtschaftliche Sicherstellung der Familien. — Für auskömmliche Gehälter und Löhne und für eine die Produktion steigende Wirtschaftspolitik. — Gefördert werden diese Versprechungen schließlich durch den vielsagenden Vers: Die Leistung macht's, nicht das Geschrei, drum wähle Deutsche Volkspartei!“

Ohne Geschrei ging es zwar nicht ab, aber die Scheuflererauslage war geradezu blendend. Was nachher kommt, damit brauchte man sich vorläufig den Kopf ja nicht zu zerbrechen. Wahlversprechungen! Was sind Wahlversprechungen? Nach Nicht maßgeblicher Führer der Rechtspartei werden bilden sie einen Bestandteil des Wahlkampfes, der Wähler nicht erfüllt zu werden braucht. Und wenn sich die Wähler dieser Rechtsparteien heute die außen- und innenpolitischen Vorgänge bei Licht besehen, so wird auch wohl den feineren Zeit Gläubigsten unter ihnen offenkundig werden, daß sie

infiniert ausgetragenen Täuschungsmanövern auf den Heim gegangen sind.

Wie steht es mit der versprochenen Senkung der Preise und mit der angekündigten Besserung der Lebenshaltung? Bitte: Die Hausfrauen in den Rechtsparteien haben das Wort! Hat die schwarz-weiße Umarmung der Wählerflugblätter die steigende Verteuerung aller Waren ausgeschlossen? Oder müssen nicht auch deutschnationale Frauen innerlich den Worten der demokratischen Abg. Hedrich zustimmen, die angesichts der geforderten hohen Zölle ausriefen: Man möchte wünschen, daß die Herren, die solche Zölle wollen, mal in Hausfrauen verwandelt würden, die für eine Familie bei 4 Kindern bei einem Monatsinkommen von 200. — M. sorgen müssen, dann würden sie erkennen, was die Mehrausgaben für Hemden, Strümpfe usw. ausmachen! Ist die Lebenshaltung in den Beamten- und Angestellten-Familien eine bessere geworden? Hat der Mittelstand, der Handel- und Gewerbetreibende seine Einnahmen vermehren und sein Gehalt lukrativer gestalten können? Die angeblichen Retter sind gar klein und still geworden, und ihre Presse geht über alle diese unangenehmen Fragen und Angelegenheiten mit einer Großzügigkeit, die ihresgleichen sucht, einfach hinweg. Doch — damit wir nicht ungerecht sind — der Deutschnationale Landesverband für Halle-Merseburg läßt etwas von sich hören. Er hat im Beisein der Abg. Hemeter, Leopold und Gerete eine Entschließung angenommen, in der u. a. zur Aufwertungsfrage der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die beschlossenen Aufbesserungen baldigt bewirkt werden durch die Tat finden. Von Senkung der Preise, Besserung der Lebenshaltung, Schutz des Mittelstandes, keine Spur. Die Geflüchteten sollen also hoffen und harren. Ja: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

Aber es kommt noch etwas hinzu, was beispielsweise den Einzelhandel ganz besonders interessiert. Abgeordnete, die dem deutschnationalen Landbund sehr nahe stehen, bezeichnen sich um Ablenkungsmanöver, die nichts anderes als die Aufhebung der Volkstimmung gegen den Einzelhandel

bezwecken. Die miserable und eigenwillige Finanz- und Zollpolitik der Regierung und der sie schützenden Parteien die dem Finanzminister 2 Milliarden Steuern über den Bedarf hinaus bewilligt haben, braucht für die total verfahren Situation und für die immer schlimmer werdende wirtschaftliche Lage breiter Bevölkerungsschichten ein Zeugnis. Und so verläßt man von hinten herum, die empörte Volkstimmung mit der Zee von der Ausschaltung des „überflüssigen Zwischenhands“ abzulernen. Bei Licht besehen, nichts anderes als

deutschnationale Sozialisierungsmanöver

zugunsten der von Großgrundbesitz und Schwerindustrie protegierten Genossenschaftsverbände. Das es auch im Zwischenhandel unberechtigte Existenz gibt, die die gesamte Wirtschaft belasten, anzufast ihr zu müssen, soll nicht bestritten werden. Aber solche Erscheinungen gibt es überall. Man denke nur an bekannte Luxusgüter mit außergewöhnlich großer Bodenfläche, die nur „standesgemäß“ bewirtschaftet werden. Für die unerträglich steigende Teuerung kommt in der Hauptrolle auch die Passivität beim Zolltarif und die leichtsinnige Steuerpolitik der Rechtsparteien und die unsere Lebenshaltung unerträglich verteuern und letzten Endes zu einer Konsumeinschränkung und Abkühlung führen müssen, die den Existenzboden des Mittelstandes und Einzelhandels untergräbt. — Ja: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

In seiner Rede am 8. August hatte der Reichsminister ganz bestimmte Zusagen gemacht, die bis zum 1. Oktober eine Preisentwertung in Aussicht stellten. Viel Zeit ist nicht mehr, und was ist bisher geschehen? Die Regierung beschäftigt sich mit Konferenzen und Erhebungen und Erwägungen, und das Ergebnis ist eine papierne Entschließung, die zwischen Regierung und Schwerindustrie vereinbart

wurde und die nur eines deutlich sagt, nämlich, daß keiner mit dem Preisabwärtigen anfangen will. Also wiederum hoffen und harren! Man erinnere sich, mit welcher Strupplosigkeit die Rechtsparteien bei jeder Wafst die unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leidende Bevölkerung gegen die früheren Regierungen aufstufte, zu einer Zeit, als innenpolitische Wirren und Putzige und außenpolitische Bedrohungen der Regierung jedes Handanlegen zur wirtschaftlichen Gesundung unmöglich machte. Heute stehen wir vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nationalitätlicher Eigenart und Reichsein

in latter Berechnung heraufbeschworen haben. Wirtschaftliche Kämpfe in unübersehbarer Ausmaß, Ausperrungen und Streiks, Produktionsrückstellungen und Arbeitslosigkeit sind zunächst die Folgen. Der Überlebenskampf an Arbeitslosen, der im Juni schon über eine halbe Million betrug, wächst zusehends. Nach der durch die Zölle unweigerlich eintretenden Verteuerung der Rohstoffe wird von unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt kaum noch die Rede sein können. Wir stehen vor einem verhängnisvollen Konkurskrieg, den wir ebenio wie den Weltkrieg verlieren werden. Das ist das bisherige wirtschaftspolitische Ergebnis der Wählerversprechungen der Rechtsparteien. Also: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

Wie fts nun mit der „Rettergesellschaft“? Wo bleiben die Retter? Die Herren sind jetzt 7 Monate in der Regierung, und schon steht an der kurzen Strecke ihrer wirtschaftspolitischen Regierungstätigkeit ein stolzendes Poff, das man mit nationalitätlichem Geschrei auf den Leim gelockt hat. Versprechungen über Versprechungen hat man gemacht: Mit Übernahme der Regierung durch die Rettungsgesellschaft werde sich alles, alles wenden. Gewendet hat sich dieses, aber so, daß schon heute dem Mittelstand und den Gehalts- und Lohnempfängern der Atem ausgehen droht. Und die „Retter“? Vorläufig sind sie in „Enteeren“ und rufen sich von den Strapazen einer finanziellen Reformerte aus. Dann aber werden die Geflüchteten das Wort haben und daran denken: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

J. Dornblüth.

Die Wirtschaftspartei als Anhängsel der Rechten.

Preisgabe der Mittelstandsinteressen.

Das völlige Verlagen der Wirtschaftspartei bei Wahrnehmung der Interessen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes hat in diesen Kreisen einen Sturm des Unwillens entzündet. Man schreibt darüber dem B. T.:

Im letzten Wahlkampf hat sich die Wirtschaftspartei als die Vorkämpferin des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes bezeichnet, und so ist es ihr — in teilweise höchstem Gegenatz zu den Parteien der Rechten — gelungen, eine Reihe von Mandaten zu erlangen, die es ihr nun zusammen mit den Wesen und den dortigen Bauernbindeln gestattet, im Reichstage in manchen Fragen eine ausschlaggebende Stellung einzunehmen. Wie hat man die sogenannte „Wirtschaftspartei“ von ihrer parlamentarischen Position Gebrauch gemacht? Zunächst ist zu bemerken, daß die Wirtschaftspartei einer zielbewußten Führung überhaupt entbehrt und deshalb eine selbständige Politik nicht verfolgt — sie ist zu einem Anhängsel der Rechten geworden und treibt ohne Politik, die letzten Endes auf die kritiklose Unterstützung des deutschnationalen-deutschnationalen Rufes hinausläuft. Gegenüber den dort vorherrschenden großgrundbesitzschwerindustriellen Interessen sind die Belange des Mittelstandes völlig in den Hintergrund getreten. Man hätte annehmen sollen, daß die Wirtschaftspartei in der Folgezeit den Wünschen ihrer Wähler Rechnung tragen würde — aber weit gefehlt, sie hat in vollem Ernähmen mit der Rechten alle Forderungen der Schwer- und Großindustrie erfüllt und keine Bedenken getragen, die vom Handwerk benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate (auf dem Gebiete der Eisenwaren, der Baustoffe, der Textilien usw.) zu verteuern. Auch die Lebensmittelpolitik hat die Wirtschaftspartei genehmigt, ohne auch nur im geringsten die Interessen des Mittelstandes zu berücksichtigen. Genau die Mißachtung der Wünsche des Mittelstandes zeigt sich in der Stellungnahme der Wirtschaftspartei zu den Steuerfragen. Der demokratische Abgeordnete Dr. Zischer erhebt bei seinen lebhaften Versuchen, die Steuererlege gerade zugunsten des Mittel-

standes zu verbessern, keinerlei Unterstützung seitens der Wirtschaftspartei. Und hätten nicht gerade diese, getreu dem Namen ihrer Partei, alle daran sehen müssen, gegenüber der rein fiskalischen Politik des Herrn v. Scheibler wirtschaftliche Gesichtspunkte zu vertreten? Streikbesen aber haben sie die Lebenserleichterung des Finanzministers gebilligt. Denn sie haben dazu geschwiegen. Besonders bemerkenswert ist das völlige Verlagen der Wirtschaftspartei in der Frage der Umsatzsteuer; zweifellos stellt die Umsatzsteuer eine für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand besonders empfindliche Belastung dar — von den schweren allgemeinen Schäden für die Wirtschaft ganz zu schweigen. Als aber der demokratische Abgeordnete Dr. Zischer eine wirksame Herabsetzung der Umsatzsteuer verlangte, wurde er von der Wirtschaftspartei nicht unterstützt. Ganz besonderer Erwähnung wert ist aber auch die Haltung der Wirtschaftspartei zur Frage der Mietzinssteuer. Die ganze Einstellung der Führer dieser Partei — man denke nur an die Herren Sabendorf und Bredt — hätte sie dahin drängen müssen, für eine wesentliche Erhöhung des Mietzinses zugunsten der Hauseigentümer mit aller Kraft einzutreten. Statt dessen ließ sie auch hier der Regierungspolitik gefolgt, die vor allem auf eine starke Erhöhung der Mieten durch Steigerung der Mietzinssteuer hinzielte. Diese Steuer, die ebenio unzulässig wie unwirtschaftlich ist, wird auch vom Hausbesitz bekämpft — die Wirtschaftspartei aber hat sie zusammen mit den Parteien der Rechten zugestimmt, ohne sich auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu beziehen. Die gleiche Kritiklosigkeit zeigte sich bei der Erhöhung der Tabak- und Biersteuer, die nach kurzem schädlichen Jagen im Einkommensteuern mit der Rechten von der Wirtschaftspartei glatt bewilligt wurde, trotzdem die Notwendigkeit der Erhöhung keineswegs erwiesen war. — Man darf auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen gespannt sein, wieviele Wähler aus dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand dieser Partei noch fünfzigjährig ihre Stimmen zuwenden werden!

Der Fragesteller

Dem Außenminister Stresemann ist die Galle über-gelauten. Er wehrt sich gegen die Angriffe, die von den Deutschnationalen und von den sogenannten vaterländischen Verbänden gegen seine Außenpolitik erhoben werden und wird dabei schließlich recht deutlich mit folgendem Satz:

„Es gibt Leute, die jeden, der nicht Hurra schreit, als einen Politiker ohne Ehre bezeichnen, weil sie Ehre mit verantwortungslosem Schwadronieren verwechseln.“

An der Berechtigung dieses Satzes ist nicht zu zweifeln, und es ist erfreulich, daß auch Herr Stresemann ihn heute ausspricht. Aber er scheint dafür gerade in den Kreisen seiner Parteianhänger und Freunde kein Verständnis zu finden. Denn am vergangenen Sonntag ist beispielsweise der republikanische Beamte und Studentat Kloppe aus Halle mit seinen Verdäufsen (es waren auch viele kleine Wölfschen dabei) in voller Ausrüstung, mit Tornister, Zeltdach, Schanzzeug und — Eisenrost, nach Leipzig gezogen. Es wurde nach der Werwolfssprache ein „Mitteldeutscher Werwolf-Zing“ abgehalten. Und dabei hat man dann am Wölfschlagidentifikal wieder Reden geschwungen und u. a. gesagt: In Deutschland sei es jetzt so, als ob der liebe Herrgott auf eine Weite dem Satan die Herrschaft abgetreten habe. — Ja, wer ist denn nun eigentlich der Satan? Wir haben doch eine deutschnationalistische Regierung und Herr Stresemann ist doch auch kein Demokrat oder Sozialdemokrat. Daß die Wölfschen damit haben sagen wollen, der Satan wandle unter ihnen selbst umher, ist doch nicht gut anzunehmen.

Ein sehr deutliches Urteil, daß zu dem Frühstück, welches der Reichspräsident im Anschluß an die Veröffungsfeier gab, von den politischen Parteien die Kommunisten nicht eingeladen waren, wird nicht weiter wunder nehmen. Über bei den Einladungen waren auch die „Böllischen“ übergegangen. Das ist insofern eine besonderen Erwähnung wert, weil mit diesem Uebergehen der böllischen Fraktion auch deren Mißlieb Ueberdross von dem Kreise der um den Reichspräsidenten Versammelten ausgeschlossen blieb. — Ein deutlicher Beweis für die Bewertung der Fraktion von Graefe läßt sich eigentlich nicht denken. Böllisch-Kommunistisch wird auch parlamentarisch-gesellschaftlich als zu einer Gattung gehörend betrachtet. Kocht dabei die böllische Seele nicht über?

Schmerzliches Bedauern? Die Halleische Zeitung bringt in ihrer Nr. 198 von ihrer Berliner Schriftleitung die Bemerkung:

Die Regierung hat es auch sehr schmerzlich empfunden, daß bereits heute auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels die Zölle in vollem Ausmaß auf die Preise aufgeschlagen werden, obwohl es sich doch nicht um Verträge, sondern um Verhandlungssätze handelt, die voraussichtlich in den Verträgen mit den meisten wichtigen Lieferanten Deutschlands niedriger ausfallen, als sie gesetzlich zulässig sind.

Auf den „Schmerz“ der deutschnationalen Regierung wollen wir hier nicht näher eingehen. Daß die Halleische Zeitung sich aber anscheinend diesen Schmerz zu eigen machen will, heißt dem Wolf einen Schafspelz umhängen. Meint diese Panatikerin höchster Zölle wirklich, mit solcher Heuchelei Einbruch machen zu können?

Aus den Vereinen

Friedrich Naumann-Feier in Leipzig. Am 24. August veranstaltete der Deutsch-Demokratische Bund „Friedrich Naumann“ in Leipzig, im grünen Saal des Sachsenhofes, eine Gedenkfeier zum 7. Todestage Friedrich Naumanns. Die Halleischen Jungdemokraten nahmen an dieser Feier die einen würdigen und erhehrenden Verlauf nahm, zahlreich teil. Die Gedentreue hielt Dr. Rudolf Brandl.

Delitzsch. Der Verein der Deutschen Demokratischen Partei hält am Montag, den 7. September, abends einhalb neun Uhr im Hotel zur Linde eine Mitgliederversammlung ab. Generalsekretär Dornblüth spricht über: „Die unehrliche Politik der Reichsparteien.“

Der Stadtverband der Evangelischen Frauenhilfe in Halle begeht am Freitag, den 4. September, nachmittags 4 Uhr, im „Weinberg“ sein Sommerfest. Frau Zimmermann-Döberein spricht über „Industrie-Entwicklung und Frauenident.“

Mitteilungen

Demokratische Sommerschulen

Von der bereits angehängigten Sommerschule, die unter Leitung des Staatspräsidenten a. D. Dr. Hieber vom 2. bis 6. September in Maulborn i. Württemberg stattfinden soll, liegt jetzt das genaue Programm vor. Gesamtkonzept: Europa. Am 3. September spricht W. H. Kelle über „Europäische Bündnispolitik“, am 4. ein noch zu bestimmender Referent über „Walterbundfragen“, am 5. September Dr. v. Eckardt (Hamburg) über „Mfragen“. Am 6. September geht es nach Bietigheim zum Sommerfest der Demokratischen Partei Würtembergs, wo Staatspräsident Hellpach spricht.

Vom 9. bis 12. September leitet Oberbürgermeister Dr. Luppe (Hürzburg) eine Sommerkurse im Hofbad Kolberg mit dem Gesamtkonzept: Demokratische Kommunalpolitik. In Vorträgen werden in Aussicht gestellt: Dr. Luppe über „Demokratie in der Selbstverwaltung“, Stadtkämmerer Dr. Lehmann (Königsberg) „Die Zukunft der Gemeindefinanzen“, der frühere Abg. Dr. Bohn (Landsberg) „Ueber das Wohnungsproblem“, Frau Studentin Boshäcker-Hahn (Köln) über „Die Beteiligung der Gemeinde am Schul- und Bildungswesen“, Rektor Tubs (Kolberg) „Ueber die historische Entwicklung des Rechtes in Stadt- und Landgemeinden“.

Anmeldungen an den Kulturausschuß der D. D. P. Berlin SW. 11, Bernburger Straße 18, Meißelstraße für Maulborn 29. August, für Kolberg 3. September.

Stimmen aus dem Leserkreise

Aus dem Kreise unserer Leser sind uns vielfach Zustimmung zu unserer Kritik über die Doppeltzungigkeit der Politik der Reichsparteien in außen- und innenpolitischen Fragen zugegangen. Besonders wird darin auch auf die dilettantischen Maßnahmen der Regierung gegenüber der versprochenen Preisreduzierung hingewiesen und auf die ständigen Verjüde der Reichsparteien, ihre Mitglieder von der fatalistischen Wirkung der neuen Steuer- und Zollpolitik abzulenken. In einer dieser Zuschriften heißt es darüber u. a.:

Der nächstfolgende „Deutsche Tag“ wird für den Unstolz, der die Mitglieder der schwarz-weiß-roten Parteien weiter in der nötigen Betäubung erhält. — Reueig kann man noch sein, wie der „Alle Deutscher“ das aktuelle Problem anpacken wird. Ebenso interessant müßte seine Meinung über Hindenburgs Vorkauf an die amerikanische Geschäftswelt zu lesen sein. Hindenburg legt darin beinahe den Wert auf gute Verbindung mit der amerikanischen Finanz- und verleiht, er molle das Verheerung für die aufrechterhaltung des „riebrischen“. — Die schwarz-weiß-roten aller Schattierungen könnten sich ja noch trösten, wenn die Regierung wenigstens außenpolitisch irgendwelche Erfolge buchen könnte. Aber auch hier muß die Halleische Zeitung zugeben, daß die Politik des Auswärtigen Amtes seit dem Zusammenbruch dieselbe geblieben ist. Also, trotzdem die Deutschnationalen jetzt in der Regierung sitzen.

Vossische Zeitung

mit ihrem Weltdienst

BEILAGEN:

Zeitbilder / Finanz- und Handelsblatt / Umschau in Technik und Wirtschaft
Literarische Umschau
Recht u. Leben / Musikblatt
Für Reise und Wandlung

Bestellungen beim Verlag, Berlin SW 68 oder bei der Post für 4.30 Mark monatlich, zusätzlich 36 Pf. Bestellgeld.

Drucklachen
für jeden Bedarf liefern wir schnell, lauter und preiswert!
Allg. Zeitung, Delitzsch
Halleische Straße 1

Postkasten

Wird die
An die

„Politiker Begleiter“
Mitteldeutsches Wochenblatt
für Freiheit und Vaterland
für Monat September 1925
und bitte den Preis
von monatlich 10 Pfennig
gebühren mit einzuschließen

Stb bestelle hiermit

Exemplar

Name _____
Vorname _____
Straße _____
Postort _____

Geradezu Wunder

wirkt Dr. med. G. Campe's Magenmittel „Stomanol“ bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Aufstoßen, Gefühl des Vollsens in der Magengegend, Spannung und Beugung im Leibe, Atemnot, Unfähigkeit klar zu denken, Magendruck, Magenschmerzen, Magenkrampf, Magenbeschwerden, akuten und chronischen Magenkatarrh. Die Beschwerden und Schmerzen lassen in den meisten Fällen bald nach, schlechte Verdauung wird behoben, übermäßige Gasbildung verhindert, vorhandene Biligungen aus dem Körper geschafft.

Lesen Sie, was Magenranke schreiben:

Ist bis vollständig wieder hergestellt und bis in Stände, auch die schwersten Speisen zu verdauen. J. B. Ullrich, den 29. 7. 25.
Ich habe mich nach der Einnahme von 2 Sendungen vollständig genant und geheilt. Gleich nach dem Einnehmen einer Packung war schon eine Besserung eingetreten. J. K. Heidenfahrt, den 2. 8. 25.
Bin durch Stomanol völlig wieder hergestellt und kann die schwersten Speisen essen. M. A. H., den 8. 8. 25.

Solche Dankschreiben gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

Es gibt in der Tat nichts besseres für Magenranke.

Sämen Sie daher nicht, Dr. med. G. Campe's „Stomanol“ kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne daß Sie für den Versuch einen Pfennig auszugeben brauchen. Verlieren Sie keine Zeit, sondern schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-Neustadt, und Sie erhalten sofort kostenlos und franco eine Gratisprobe „Stomanol“ nebst einer interessanten Broschüre.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B.: Johannes Dornblüth; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle.
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Der Preussische Handelsminister Dr. Schreiber

spricht in Halle

am Sonnabend, den 5. September, abends 8 Uhr im großen Thaliaaal

Umfall und Doppeltzungigkeit der Deutschnationalen. Bölliges Versagen der Wirtschaftspartei. Die neuen Steuerlasten. Versprechungen eines Preisabbaues.

Die Versammlung ist öffentlich.

Unsere Mitglieder und Gesinnungsfreunde werden dringend gebeten, frühzeitig zu erscheinen.

Berein der Deutschen Demokratischen Partei.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 10 Groschungen monatlich, halbjährlich 50 Groschungen, vierteljährlich 25 Groschungen. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Zeitungen, Druckereien und Buchhandlungen entgegen. — Einzelhefte 2 Pf. 50, 10 Hefte 18 Pf. 50, 20 Hefte 35 Pf. 50, 30 Hefte 50 Pf. 50, 40 Hefte 65 Pf. 50, 50 Hefte 80 Pf. 50, 60 Hefte 95 Pf. 50, 70 Hefte 110 Pf. 50, 80 Hefte 125 Pf. 50, 90 Hefte 140 Pf. 50, 100 Hefte 155 Pf. 50. — Einzelhefte 2 Pf. 50, 10 Hefte 18 Pf. 50, 20 Hefte 35 Pf. 50, 30 Hefte 50 Pf. 50, 40 Hefte 65 Pf. 50, 50 Hefte 80 Pf. 50, 60 Hefte 95 Pf. 50, 70 Hefte 110 Pf. 50, 80 Hefte 125 Pf. 50, 90 Hefte 140 Pf. 50, 100 Hefte 155 Pf. 50.

Verlagspreis: Für die Jahreszeitung 120 Groschungen. — Werbung im Verlagsblatt 1000. — Anzeigenpreise: Für die Jahreszeitung 120 Groschungen. — Werbung im Verlagsblatt 1000. — Anzeigenpreise: Für die Jahreszeitung 120 Groschungen. — Werbung im Verlagsblatt 1000.

Nummer 25

Halle (S.), Sonnabend, 29. August 1925

1. Jahrgang

Statt Preisentwertung nur Ablenkungsmanöver.

Völliges Verlagen der Wirtschaftspartei!

Wo bleiben die Netter?

(Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!)

Bei den letzten Wahlen hatten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei als politische „Netzengesellschaft“ etabliert. Das Geschäft ging nicht schlecht. Man hatte Zulauf. Städte er hier und da mal, dann ließ man in Millionen von Zeiteln und Flugblättern Versprechungen über Versprechungen hinausflattern. Von allem, was uns außenpolitisch und innenpolitisch drückte, sollten wir geteilt werden, wenn wir brav wären und recht die Deutschnationalen und deutschvolksparteiliche Abgeordnete ins Reichsparlament schickten. Viele waren so brav, denn die Versprechungen waren gar zu schön. Und wenn sie dazu noch in schwarz-weiß-roter Umrahmung erschienen, dann lächelte jeder Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit und Erfüllung ausgeglichen.

Vor uns liegen jetzt solcher Flugblätter. In dem Deutschnationalen heißt es über unsere wirtschaftlichen Schmerzen:

Schwarz-weiß-rot bedeutet: Hebung der Kaufkraft des Geldes durch Senkung der Preise und dadurch Besserung der Lebenshaltung. — Schutz des Mittelstandes und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. — Langdauer, aber sicherer Wiederkaufschlag. — Und das Flugblatt der Deutschen Volkspartei läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Wir kämpfen für die Sicherung der finanziellen Grundlagen des Staates. — Für eine gerechte Verteilung der Löhne, insbesondere gegenüber einer Gruppe unserer besten Kulturträger, den Rentnern und Sparern. — Für die wirtschaftliche Sicherstellung der Familien. Für auskömmliche Gehälter und Löhne und für eine die Produktion steigende Wirtschaftspolitik. — Gekrönt werden diese Versprechungen schließlich durch den vielgelobten Vers: Die Leistung macht's, nicht das Geschrei, drum wähle Deutsche Volkspartei!

Ohne Geschrei ging es zwar nicht ab, aber die Scheuferntauslage war geradezu blendend. Was nachher kommt, damit brauchte man sich vorläufig den Kopf ja nicht zu zerbrechen. Wahlversprechungen! Was sind Wahlversprechungen? Nach Ansicht maßgeblicher Führer der Rechtsparteien bilden sie einen Bestandteil des Wahlkampfes, der später nicht erfüllt zu werden braucht. Und wenn sich die Führer dieser Rechtsparteien heute die außen- und innenpolitischen Vorgänge bei Licht besehen, so wird auch wohl der feineren Zeit Gläubigsten unter ihnen offenkundig werden, daß sie

raffiniert ausgelegelten Täuschungsmanövern auf den Kopf gegangen sind.

Wie steht es mit der versprochenen Senkung der Preise und mit der angelegten Besserung der Lebenshaltung? Bitte: Die Hausfrauen in den Rechtsparteien haben das Wort! Hat die schwarz-weiß-rote Umrahmung der Flugblätter die steigende Verteuerung aller Waren aufgehoben? Oder müssen nicht auch deutschnationale Frauen innerlich den Worten der demokratischen Abg. Gertraud Bäumer zustimmen, die angeführt der geforderten hohen Fülle ausführt: Man möchte wünschen, daß die Herren, die solche Fülle wollen, mal in Hausfrauen verwandelt würde, die für eine Familie bei 4 Kindern bei einem Monatsinkommen von 200,— M. sorgen müßen, dann würden sie erkennen, was die Mehrausgaben für Hemden, Strümpfe usw. ausmachen! Ist die Lebenshaltung in den Beamten- und Angestellten-Familien eine bessere geworden? Hat der Mittelstand, der Handel- und Gewerbetreibende seine Einnahmen vermehren und sein Geschäft attraktiver gestalten können? Die angebotenen Netter sind ganz klein und still geworden, und ihre Preise geht über alle ihre unangenehmen Fragen und Angelegenheiten mit einer Großzügigkeit, die ihresgleichen sucht, einfach hinweg. Doch — damit wir nicht ungerührt sind — der Deutschnationale Landesverband für Halle-Merseburg läßt etwas von sich hören. Er hat im Beisein der Abg. Hemeter, Leos und Gerete eine Entschließung angenommen, in der 1. a. zur Aufwertungsfrage der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die beschlossenen Aufwertungen baldigst zur Wirkung durch die Tat finden. Von Senkung der Preise, Besserung der Lebenshaltung, Schutz des Mittelstandes, keine Spur. Die Gefährlichen sollen also hoffen und harren. Ja: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

Aber es kommt noch etwas hinzu, was beispielsweise den Einzelhandel ganz besonders interessiert. Abgeordnete, die dem deutschnationalen Landbund sehr nahe stehen, bemühen sich um Ablenkungsmanöver, die nichts anderes als die Aufhebung der Volkstimme gegen den Einzelhandel

bezwecken. Die miserable und eigenhändige Finanz- und Zollpolitik der Regierung und der sie führenden Parteien die dem Finanzminister 2 Milliarden Steuern über den Bedarf hinaus bewilligt haben, braucht für die total verfahren Situation und für die immer schlimmer werdende wirtschaftliche Lage breiter Bevölkerungsschichten ein Pönitentium. Und so verlegt man von hinten herum, die empörte Volkstimme mit der Idee von der Aufhebung des „überflüssigen Zwischenhandels“ abulenken. Bei Licht besehen, nichts anderes als

deutschnationale Sozialisierungsmänner zugunsten der Großgrundbesitz und Schwerindustrie protegierten Genossenschaftsverbände. Daß es auch im Zwischenhandel unberechtigte Erfordernisse gibt, die die gesamte Wirtschaft belasten, anstatt ihr zu nützen, soll nicht bestritten werden. Aber solche Erfordernisse gibt es überall. Man denke nur an bestimmte Luxusgüter mit außergewöhnlich großer Bodenfläche, die nur „landesgemäß“ bewirtschaftet werden. Für die unerträglich steigende Teuerung kommt in der Hauptfrage die die Passivität beim Zolltarif und die leichtsinnige Steuerpolitik der Rechtsparteien in Frage, die unsere Lebenshaltung unerträglich verteuern und letzten Endes zu einer Konsumeinschränkung und Abhängigkeit führen müssen, die den Existenzboden des Mittelstandes und Einzelhandels untergräbt. — Ja: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

In keiner Rede am 8. August hatte der Reichsanstler ganz bestimmte Zusagen gemacht, die bis zum 1. Oktober eine Preisentwertung in Aussicht stellten. Viel Zeit ist nicht mehr, und was ist bisher geschehen? Die Regierung beschäftigt sich mit Konferenzen und Erhebungen und Erwägungen, und das Ergebnis ist eine patetische Entschließung, die zwischen Regierung und Schwerindustrie vereinbart

wurde und die nur eins deutlich sagt, nämlich, daß keiner mit dem Preisabbau anfangen will. Also wiederum hoffen und harren! Man erinnere sich, mit welcher Stumpfsichtigkeit die Rechtsparteien bei jeder Maß die unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leidende Bevölkerung gegen die früheren Regierungen aufsteht, zu einer Zeit, als innenpolitische Wirren und Rufe und außenpolitische Bedrohungen der Regierung jedes Handeln gegen wirtschaftlichen Gebundenheit unmöglich machte. Heute stehen wir vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nationalaktivistischer Eignung und Reichsinn

in fester Berechnung heraufbeschworen haben. Wirtschaftliche Kämpfe in unübersehbarer Ausmaß, Ausperrungen und Streiks, Produktionsbeeinträchtigungen und Arbeitslosigkeit sind zunächst die Folgen. Der Lebenslohn an Arbeitlosen, der im Juni schon über eine halbe Million betrug, wächst laufend. Nach der durch die Fülle unweigerlich eintretenden Verteuerung der Rohstoffe wird von unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt kaum noch die Rede sein können. Wir stehen vor einem verhängnisvollen Wettbewerb, den wir ebenso wie den Weltkrieg verlieren werden. Das ist das bisherige wirtschaftspolitische Ergebnis der Wahlversprechungen der Rechtsparteien. Also: „Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!“

Wie sieht nun mit der „Rechtspartei“? Wo bleiben in der Zeit der 7 Monate in der letzten Strafe ein netter? Und was ist die Leistung? Die Leistung macht's, nicht das Geschrei!

Die Wirtschaftspartei als W... hten.

Preisgabe der Mittelsta...

Das völlige Verlagen der Wirtschaftspartei bei Wahrnehmung der Interessen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes hat in diesen Kreisen einen Sturm des Unwillens ausgelöst. Man schreibt darüber dem V. T.:

Im letzten Wahlkampf hat sich die Wirtschaftspartei als die Vorkämpferin des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes bezeichnet, und so ist es ihr — in teilweise hartem Gegensatz zu den Parteien der Rechten — gelungen, eine Reihe von Mandaten zu erlangen, die es ihr nun zusammen mit den Welsen und den bairischen Bauernverbänden gestatten, im Reichstage in manchen Fragen die vorgeschlagene Stellung einzunehmen. Wie hat man die sogenannte „Wirtschaftspartei“ von ihrer parlamentarischen Position Gebrauch gemacht? Zunächst ist zu bemerken, daß die Wirtschaftspartei einer zielbewußten Führung überhaupt entbehrt und deshalb eine selbständige Politik nicht verfolgt — sie ist zu einem Anhängel der Rechten geworden und treibt sie zu einem letzten Endes auf die kritische Unterdrückung des deutschnationalen deutschvolksparteilichen Kampfes hinaus. Gegenüber den dort vorherrschenden großagrarischeschwerindustriellen Interessen sind die Belange des Mittelstandes völlig in den Hintergrund getreten. Man hätte annehmen sollen, daß die Wirtschaftspartei in der Folgezeit den Wünschen ihrer Wähler Rechnung tragen würde — aber weit gefehlt, sie hat in vollem Ernähmen mit der Rechten alle Forderungen der Schwer- und Großindustrie erfüllt und keine Bedenken getragen, die vom Handwerk benötigten Rohstoffe und Halbfabrikate (auf dem Gebiete der Eisenwaren, der Kunststoffe, der Textilien usw.) zu verteuern. Auch die Lebensmittelpolitik hat die Wirtschaftspartei genehmigt, ohne auch nur im geringsten die Interessen des Mittelstandes zu berücksichtigen. Genau die gleiche Mißachtung der Wünsche des Mittelstandes zeigt sich in der Stellungnahme der Wirtschaftspartei zu den Steuerfragen. Der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer erhielt bei seinen lebhaften Verufen, die Steuererlege gerade zugunsten des Mittel-

standes... Wirtschaft... treu... gegenüber... aber... gebilligt. Denn sie haben dazu geschwiegen. Besonders bemerkenswert ist das völlige Verlagen der Wirtschaftspartei in der Frage der Umsatzsteuer, zweifellos stellt die Umsatzsteuer eine für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand besonders empfindliche Belastung dar — non den schweren allgemeinen Schäden für die Wirtschaft ganz zu schweigen. Als aber der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer eine wirklame Herabsetzung der Umsatzsteuer verlangte, wurde er von den Wirtschaftsparteiern nicht unterstützt. Ganz bedauerlicher Erwähnung wert ist aber auch die Haltung der Wirtschaftspartei zur Frage der Mietzinssteuer. Die ganze Einstellung der Führer dieser Partei — man denke nur an die Herren Ledendorff und Bredt — hätte sie dahin drängen müssen, für eine wesentliche Erhöhung des Mietzinses zugunsten der Hauseigentümer mit aller Kraft einzutreten. Statt dessen sind sie auch hier der Regierungspolitik gefolgt, die vor allem auf eine starke Erhöhung der Mieten durch Steigerung der Mietzinssteuer hinauszielt. Diese Steuer, die ebenso unzulässig wie unwirtschaftlich ist, wird auch vom Hausbesitz bekämpft — die Wirtschaftspartei aber hat ihr zustimmen mit den Parteien der Rechten zu beizugehen, ohne sich auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu kümmern. Die gleiche Kritiklosigkeit zeigte sich bei der Erhöhung der Tabak- und Biersteuer, die nach kurzem schüttertem Zögern im Ernähmen mit der Rechten von der Wirtschaftspartei gut befürwortet wurde, trotzdem die Notwendigkeit der Erhöhung keineswegs erwiesen war. — Man darf auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen gespannt sein, wie viele Wähler aus dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand dieser Partei noch fünfzig ihre Stimmen zuwenden werden!